Mit Hilfe früher Berufsorientierung Ausbildungsabbruch vermeiden

Mit Hilfe früher Berufsorientierung Ausbildungsabbruch vermeiden

Ausbildungsbegleitung und Hilfen zur Unterstützung von jungen Menschen
Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat neue Zahlen zum Thema Ausbildungsabbruch vorgelegt. Danach ist die Abbrecherquote auf 24, 4 Prozent gestiegen - der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Hierzu erklären der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Albert Rupprecht, und der zuständige Berichterstatter Uwe Schummer:
Albert Rupprecht: "Mehr als 15.000 Euro investieren die Betriebe im Schnitt pro Jahr in einen Ausbildungsplatz. Mit jedem Abbruch ist diese Investition in den Sand gesetzt. Je höher die Abbrecherquote, um so geringer die Bereitschaft der Betriebe, überhaupt weiter auszubilden. Deswegen ist jeder Abbruch nicht nur für den Betroffenen und den Betrieb relevant, sondern für alle. Darum muss die Berufsorientierung schon früh in der Schule beginnen. Dazu dient unser Bildungskettenprogramm, von dem bereits über 380. 000 Schülerinnen und Schüler profitiert haben. Aber auch die Schulen selbst müssen besser auf die Berufswahl vorbereiten und stärker den Kontakt zu örtlichen Betrieben suchen. Besonders die SPD-Kultusminister müssen ihre Aversion gegen die Wirtschaft ablegen. Es kann nicht sein, dass in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern jeder Dritte die Lehre abbricht, in Bayern dagegen nur jeder Fünfte."
Uwe Schummer: "Jeder Ausbildungsabbruch ist ein Scheitern. Etwa die Hälfte der Abbrecher bleibt letztlich ohne Berufsabschluss. Deswegen unterstützen wir die jungen Menschen und die Betriebe in vielerlei Hinsicht: frühes Profiling, rechtzeitige Berufsorientierung, individuelle Ausbildungsbegleitung und vielfältige Ausbildungsbegleitende Hilfen. Das alles hilft aber nichts, wenn in einzelnen Branchen traditionell die Ausbeutung eine wichtigere Rolle spielt als die Ausbildung.Insbesondere die Gastronomie muss sich die Frage gefallen lassen, wie sie eine insgesamt hinreichende Ausbildungsqualität gewährleisten will. Wer eine Abbruchquote von fast 50 Prozent hervorruft, hat kein Recht nach Fachkräften aus dem Ausland zu rufen."

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
  http://www.cducsu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=520549" width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

CDUDie Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht.Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben.CSUWurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.